

Heute unter anderem zu folgenden Themen: Härtefallregelung; IWF zur Kostenbeteiligung des Finanzsektors; Finanzhilfen für Griechenland kein Verstoß gegen EU-Recht; Eckpunkte für die Finanzmarktregulierung; Skandal bei Goldman auch ein Skandal der Deutschen Bank; Aufschwung als Fake; Defizit steigt kräftig; kostspielige Steuersenkungen; strafbefreiende Selbstanzeige bleibt; Tarifpolitik im Osten; Bahn kauft ein; Stuttgarter Bahnhof; Afghanistan-Debatte; NRW-Wahlkampf; Propaganda in Schulen; Bologna in der Psychoanalyse; Medienkritik; es war einmal der SPIEGEL. (MB/WL)

1. [Bundestag beschließt Härtefallregelung für Hartz-IV-Empfänger](#)
2. [IWF Report zur Kostenbeteiligung des Finanzsektors](#)
3. [Schäuble: Finanzhilfen an Griechenland sind kein Verstoß gegen EU-Recht](#)
4. [Irland macht noch mehr Schulden als Griechenland](#)
5. [Bundesregierung legt Eckpunkte für die Finanzmarktregulierung vor](#)
6. [Thomas Fricke - der Verursacher muss bezahlen](#)
7. [Skandal bei Goldman? Schaut auf die Deutsche Bank!](#)
8. [The Magnetar Trade: How One Hedge Fund Helped Keep the Bubble Going](#)
9. [DIE LINKE: Bundesregierung muss sich von ihren Wirtschaftsberatern trennen](#)
10. [Frühjahrsprognosen: Rechnung ohne den Wirt](#)
11. [Aufschwung als Fake](#)
12. [Defizit des Bundeshaushaltes steigt weiter kräftig](#)
13. [Kostspielige Steuersenkungen](#)
14. [Die zehn wichtigsten Beitragszahler im EU-Haushalt 2010](#)
15. ["Strafbefreiende Selbstanzeige" soll erhalten bleiben](#)
16. [9.554 Stellen in der Finanzverwaltung unbesetzt](#)
17. [1990 - 2010: Zwanzig Jahre Tarifpolitik in Ostdeutschland](#)
18. [Armutsindustrie boomt](#)
19. [Übernahme des Arriva-Konzerns: Einkaufen für Europa](#)
20. [Telekom - Goodbye, New York](#)
21. [„Nebensache Bahnhof, Hauptsache Demokratie“](#)
22. [Debatte um Afghanistan: Nicht der volle Einsatz](#)
23. [NRW-Wahlkampf](#)
24. [Wirtschaftspropaganda in Schulen - Vermittlung von Botschaften durch PPP und Sponsoring](#)
25. [„Kein Ort. Nirgends?“ Das Subjekt der Erkenntnis und die Idee der Universität](#)
26. [Medienkritik](#)
27. [Zu guter Letzt: Sind die Löhne zu hoch?](#)
28. [Zum Schluss: Für unsere Soldaten in Afghanistan!](#)

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, [dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.](#)*

1. Bundestag beschließt Härtefallregelung für Hartz-IV-Empfänger

Der Bundestag hat die vom Bundesverfassungsgericht angemahnte gesetzliche Härtefallregelung für Hartz-IV-Empfänger beschlossen. Künftig haben Langzeitarbeitslose Anspruch auf zusätzliche Leistungen, wenn sie einen laufenden und besonderen Bedarf zur Deckung des Existenzminimums nachweisen können. Die Koalition bezifferte die Mehrkosten auf rund 100 Millionen Euro, wobei der größte Teil mit 92 Millionen Euro auf den Bund entfallen soll. In wenigen Fällen könnten auch für die Kommunen zusätzliche Kosten von schätzungsweise bis zu acht Millionen Euro pro Jahr entstehen. Der Bundesrat muss dem Gesetz noch zustimmen. Die Opposition kritisierte die Eile, mit der das Gesetz durchgesetzt worden sei. Die Härtefallregelung könne nicht losgelöst von der Neubestimmung der ebenfalls vom Verfassungsgericht geforderte Anpassung der "Hartz IV"-Regelsätze bestimmt werden. Der gefundene Kompromiss sei lediglich eine "Minimallösung".

Quelle: [Tagesschau](#)

Anmerkung WL: *Ohne dass darüber eine öffentliche Debatte stattfand und ohne die Beteiligung der zuständigen Ausschüsse hat die schwarz-gelbe Mehrheit, die Härtefallregelung sozusagen in einer Nacht-und-Nebel-Aktion beschlossen. Unter anderem sollen chronisch Kranke, geschiedene Paare und lernschwache Schüler profitieren. Nicht als Härtefall eingestuft wurden Ausgaben für Waschmaschinen, Brillen oder Zahnersatz. Es ging offenbar nur darum, das Urteil des Bundesverfassungsgerichts möglichst billig umzusetzen. In der Gesetzesbegründung ist die Liste der nicht zu finanzierenden besonderen Bedarfe erheblich länger als die Positivliste von besonderen Lebenslagen. Was ist etwa mit der Schulverpflegung oder Sonderbedarfen bei der Kleidung von Kindern (z.B. orthopädische Schuhe) oder für Nachhilfeunterricht. Wie soll ein Hartz IV-Empfänger für besondere Notfälle überhaupt noch etwas beiseite legen können?*

2. IWF Report zur Kostenbeteiligung des Finanzsektors

a. Halbherzig und vage

Als halbherzig wertet die Kampagne Steuer gegen Armut den Entwurf des IWF-Berichts an die G20, der von der Einführung einer Finanztransaktionssteuer (FTT) abrät. Stattdessen empfiehlt er eine Bankenabgabe und – als zusätzliche

Maßnahme - eine Steuer auf Profite und Vergütungen.

Zwar erkennt der IWF-Bericht an, dass die FTT ein hohes Steueraufkommen bringen und Spekulation eindämmen kann, rät aber dann von ihrer Einführung ab. Besonders platt ist dabei das Argument, dass die FTT eine dauerhafte Maßnahme sei, und daher nicht dem Mandat der G20 entspräche, nur Vorschläge für eine Beteiligung der Banken an den Kosten der gegenwärtigen Krise zu machen. Darüber hinaus wärmt der Bericht alte Argumente gegen die FTT auf, die längst widerlegt sind. So würde zum Beispiel die Realwirtschaft durch die FTT belastet. Das Gegenteil ist der Fall: Indem die Spekulation reduziert wird, sinkt auch die Volatilität auf den Märkten und damit die Risiken. Dadurch sinken die Kosten der Risikoabsicherung (so genanntes Hedging), und davon profitiert die Realwirtschaft. Bei der Höhe der Abgabe geht der IWF von zwei bis vier Prozent des Bruttoinlandproduktes aus. Das wären im Fall der Bundesrepublik zirka 50 bis 100 Milliarden Euro. Das ist deutlich mehr als die Bankenabgabe, die die Bundesregierung plant (zwölf Milliarden). Positiv unterscheidet sich der IWF Vorschlag von dem der Bundesregierung auch dadurch, dass er sich nicht nur auf die Banken, sondern auf alle Finanzinstitutionen bezieht, also zum Beispiel auch Hedgefonds.

Quelle 1: [Kampagne Steuer gegen Armut \[PDF - 16KB\]](#)

Quelle 2: [IMF A FAIR AND SUBSTANTIAL CONTRIBUTION BY THE FINANCIAL SECTOR - INTERIM REPORT FOR THE G-20 \[PDF - 1,5MB\]](#)

Quelle 3: [Stephan Schulmeister: Bank levy versus transactions tax: A critical analysis of the IMF and EC reports on financial sector taxation \[PDF - 74KB\]](#)

b. Markus Sievers: Im Schuldenrausch

Daher ist es gut, dass der IWF Konzepte für eine faire Verteilung der Lasten erarbeitet. Die Ideen aus Washington gehen weit über das hinaus, was die schwarz-gelbe Bundesregierung mit ihrer Bankenabgabe plant. Während die Deutschen nur eine Branche erfassen, will der Fonds mit seiner Abgabe für finanzielle Stabilität alle Risikoträger belasten, also auch Versicherungen und Hedgefonds. Und er macht sich zusätzlich für eine Steuer auf Einnahmen von Finanzinstituten stark. Auch die Dimensionen sind beachtlich, von zwei bis vier Prozent der Wirtschaftsleistung ist in den Papieren die Rede. Bei den Anhängern einer Finanztransaktionssteuer macht sich der Fonds freilich keine Freunde. Dieses Instrument lehnt er ab mit dem Argument, dies belaste in erster Linie die Realwirtschaft, die auf die Absicherung ihrer Risiken an den Finanzmärkten angewiesen sei. Dies ist jedoch nicht zwingend so, weil mit der Eindämmung der Kurzfrist-Spekulationen auch die Preise etwa für Rohstoffe weniger schwanken. Über all die Vor- und Nachteile der einzelnen Maßnahmen ließe sich diskutieren,

wenn denn die Richtung stimmte. Der IWF gibt jenseits der Details den Weg vor. Eine neue Ökosteuer muss her, eine auf gefährliche Finanzmarktmissionen. Leider sind die G20 von dieser Einsicht weit entfernt.

Quelle: [FR](#)

3. **Schäuble: Finanzhilfen an Griechenland sind kein Verstoß gegen EU-Recht**

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) sieht im Fall möglicher Finanzhilfen an Griechenland keinen Verstoß gegen europäische Verträge. Bei den bislang in Erwägung gezogenen gepoolten Krediten handele es sich um freiwillige Hilfen und nicht um eine Haftung der Mitgliedstaaten, die die Verträge im Rahmen des bail-out-Verbots untersagen, erklärte Schäuble am Mittwoch in einer öffentlichen Sitzung im Europaausschuss des Bundestages. Bei einer Ermächtigung durch das Parlament wären solche Hilfen auf einer verfassungsgemäßen Grundlage, argumentierte der Finanzminister. Dabei hob er hervor, dass Kredithilfen zur Stabilisierung des Euro auch im deutschen Interesse und kein „Akt der Großzügigkeit“ seien. Ob Griechenland überhaupt einen Antrag stelle, sei abzuwarten. Sollte der Fall der „ultima ratio“ eintreten, werde der Europäische Rat selbst die so genannte Aktivierung beschließen, kündigte Schäuble an. Er räumte ein, dass es in der Frage der Hilfen für Griechenland teilweise unterschiedliche Sichtweisen zwischen dem Bundestag und dem Europäischen Parlament gebe: „Die Grundentscheidung den europäischen Weg zu gehen, ist richtig“, betonte Schäuble gegenüber den Abgeordneten.

Quelle: [Deutscher Bundestag](#)

4. **Irland macht noch mehr Schulden als Griechenland**

Griechenland hat in der EU aktuell nicht das höchste Haushaltsdefizit, sondern Irland. Nach den jüngsten Daten der Statistikbehörde Eurostat erreicht Irlands Neuverschuldung 2009 satte 14,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Griechenland liegt mit 13,6 Prozent auf Platz zwei.

Quelle: [Tagesschau](#)

***Anmerkung WL:** Interessant sind eigentlich nur die Tabellen.*

5. **Bundesregierung legt Eckpunkte für die Finanzmarktregulierung vor**

Eine Konsequenz aus der Krise muss es sein, unternehmerische Gewinnchancen, Verantwortung und Haftung wieder zusammenzuführen. Es ist daher dafür zu sorgen, dass die Durchsetzung von Ersatzansprüchen gegen Organe von Aktiengesellschaften nicht durch zu kurze Verjährungsfristen behindert wird. Vor diesem Hintergrund wird die Bundesregierung einen aus folgenden Elementen bestehenden Gesetzentwurf erarbeiten:

1. Einführung aufsichtsrechtlicher Instrumente und Verfahren zur Restrukturierung systemrelevanter Banken.
2. Einführung eines an das Insolvenzplanverfahren angelehnten Reorganisationsverfahrens für systemrelevante Banken.
3. Erhebung einer risikoadjustierten Bankenabgabe zur Errichtung eines Stabilitäts-Fonds zur Finanzierung künftiger Restrukturierungs- und Abwicklungsmaßnahmen bei Banken.
4. Übertragung der Durchführung von Restrukturierungsmaßnahmen und der Verwaltung des Stabilitätsfonds auf die Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FMSA).
5. Verlängerung der Verjährungsfrist für die Organhaftung bei börsennotierten Aktiengesellschaften.

Alle Maßnahmen wird die Bundesregierung im Lichte der auf internationaler Ebene zu fassenden Beschlüsse erforderlichenfalls überprüfen. Der Finanzstandort Deutschland soll im internationalen Wettbewerb gestärkt werden.

Quelle: [Bundesfinanzministerium \[PDF - 590KB\]](#)

***Anmerkung WL:** Das ist mehr als dürftig. Nichts über ein Verbot von Zweckgesellschaften, nichts zu Hedgefonds, nichts zur Rückführung des Bankensystems auf seinen eigentlichen Zweck, nichts zur Heranziehung der Banken an den Kosten der von ihnen verursachten Krise, nichts zur angeblich positiv bewerteten Transaktionssteuer. Im Übrigen: Alles steht noch unter Überprüfungsvorbehalt und wie in der Vergangenheit bleibt das Ziel den Finanzstandort Deutschland zu stärken.*

6. **Thomas Fricke - der Verursacher muss bezahlen**

Wenn die Auguren recht behalten, ist in gut zwei Wochen Schluss mit lustig. Dann wird die Regierung plötzlich feststellen, dass die Deutschen jetzt ganz tapfer sein und verzichten müssen. Für unsere armen Kinder. Und Deutschlands Selbstpeinigungsprediger werden in ihrem Element sein. Ob die Prophezeiung so eintrifft? Möglich. Erstaunlich ist nur, dass bei all den Gruselprognosen über nahende harte Zeiten gerade diejenigen kaum vorkommen, ohne die Deutschlands Staatsschulden gar nicht hochgeschneit wären - und die an früheren Finanzblasen

prima verdient haben. Dabei ließe sich über die Banken ein Großteil des neuen deutschen Schuldenproblems wieder beseitigen. Ganz ohne Populismus. Das wäre allemal erträglicher, als Deutschlands Staatshaushälter jetzt übereifrig Maso-Messen zelebrieren zu lassen.

Quelle: [Financial Times Deutschland](#)